

Andrang auf die Fachhochschulen

München. Die Zahl der Bewerbungen an Bayerns Fachhochschulen für das Wintersemester 2008/2009 hat sich im Vorjahresvergleich um rund 22 Prozent auf mehr als 100 000 erhöht. Wissenschaftsminister Thomas Goppel sagte gestern in München, die praxisnahen und auf die Chancen am Arbeitsmarkt ausgerichteten Studienangebote der Fachhochschulen kämen bei den Studienbewerbern „sehr gut an“. Spitzenreiter bei den Studiengängen sei wie auch in den vergangenen Jahren die Betriebswirtschaft, gefolgt von Angeboten aus den Bereichen Maschinenbau, Soziale Arbeit, Wirtschaftsingenieurwesen, Informatik/Wirtschaftsinformatik sowie Elektro- und Informationstechnik. Besonders nachgefragt sind laut Goppel auch neue Studienangebote, die die Hochschulen im Rahmen ihrer Ausbauplanungen konzipierten, wie Medizininformatik, Erneuerbare Energien, Soziale Arbeit an Schulen oder Lebensmittelmanagement. Die Fachhochschulen in Bayern bilden heute dem Minister zufolge mehr als 70 Prozent aller Ingenieure und mehr als die Hälfte der Betriebswirte aus. An 25 Standorten in allen Teilen Bayerns sei ein wohnortnahes Studium an einer FH möglich. – ddp

Polizei schnappt Fälscherbande

Regensburg. Falschgeld im Nennwert von fast 100 000 Euro hat die Polizei in der Nähe von Regensburg sichergestellt. Bei einer Falschgeldbande aus Lettland fanden die Beamten insgesamt 991 falsche Hundert-Euro-Scheine, wie das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) gestern mitteilte. Den Ermittlungen zufolge hatten die drei Männer und eine Frau das Falschgeld in Polen beschafft, um es auf einer Reise durch Europa zu „waschen“. Die Fahnder kamen dem Quartett durch einen aufmerksamen Apotheker auf die Spur. Er hatte an einem Hundert-Euro-Schein Unstimmigkeiten festgestellt, notierte das Auto-Kennzeichen des Kunden und informierte die Polizei. – lby

Führerschein-Erleichterung für Feuerwehrleute?

München. Feuerwehrleute sollen nach Ansicht von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann auch künftig mit einem einfachen Auto-Führerschein schwere Rettungswagen fahren dürfen. Das Kabinett beschloss gestern eine Bundesratsinitiative, mit der verhindert werden soll, dass die Feuerwehrleute einen Lkw-Führerschein nachholen müssen. Wegen der neuen EU-Führerscheine brauchen die Fahrer von Wagen mit einem Gewicht über 3,5 Tonnen künftig den Führerschein für Lastwagen. Die Staatsregierung will erreichen, dass die Grenze auf 4,25 Tonnen angehoben wird. Die meisten Rettungsfahrzeuge im Katastrophenschutz seien wegen technischer Neuerungen

schwerer als 3,5 Tonnen, erklärte Herrmann. „Die EU erschwert dem Feuerwehrrichtwuchs durch ihre strengen Richtlinien das ehrenamtliche Engagement“, so der Innenminister. Das gelte auch für die technischen Hilfsdienste. Vor allem kleinen freiwilligen Feuerwehren könnten die zusätzlichen Kosten nicht zugemutet werden. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Uwe Brandl, forderte einen eigenen Feuerwehr-Führerschein. Weil kaum ein Feuerwehr-Mitglied den Lkw-Schein besitze, gingen den Rettern langsam die Fahrer aus. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Feuerwehrautos fahren“, so Brandl. – lby

Wenig Interesse

Zum Bericht „BDM gegen Bauernverband“ vom 29. Juli: „Wie dumm und unmündig möchte Herr Sonnleitner uns Milchbauern eigentlich noch hinstellen, wenn er behauptet, dass die Austritte nur mit der „Aufforderung“ des BDM zustande kommen? Glaubt er, dass wir nicht bereits jahrelang verfolgen, wie wenig Interesse der BBV an uns Milchbauern hat? Glaubt der BBV, dass wir nicht sehen, wie wenig er sich deshalb für uns einsetzt? Glaubt er, dass wir nicht erkennen, dass sein ganzer plötzlicher Einsatz lediglich dem gilt, einen Konkurrenten (den es ohne die Tatenlosigkeit des BBV gar nicht gäbe), außer Gefecht zu setzen? Und weiß der Bauernverband nicht,

Weltpremiere in Münchner Klinik

Mediziner transplantieren erstmals beide Arme – Prof. Dr. Peter Graf praktiziert in Passau und war im Team

Von Christoph Eberle

München/Passau. Im Klinikum rechts der Isar in München ist in der Nacht zum Samstag die weltweit erste Transplantation beider Arme gelungen. Im etwa 30-köpfigen Mediziner-Team, das die Operation durchführte, war auch Prof. Dr. Peter Graf, Facharzt für Plastische Chirurgie in München, der an der Passauer Hellge-Klinik eine Zweitpraxis betreibt.

„Der Empfänger, ein 54-jähriger Mann, hatte beide Arme bei einer Verletzung mit einer Häckselmaschine verloren“, sagt Prof. Graf. Doch bis ihm zwei neue Arme transplantiert werden konnten, war eine mehrjährige Organisations- und Planungsphase erforderlich. Die aufwendigen Vorarbeiten leisteten Prof. Dr. Edgar Biemer und Privatdozent Dr. Christoph Höhnke. Das rund 30-köpfige Operationsteam von Plastischen Chirurgen, Transplantationsmedizinern, Unfallchirurgen und Anästhesisten wurde schließlich vor mehreren Monaten zusammengestellt. „Der Leiter Prof. Biemer, mein ehemaliger Chef, fragte mich damals, ob ich nicht Interesse hätte, bei dem Projekt mitzumachen“, sagt Prof. Graf. Aufgrund seiner Erfahrungen in der Replantations- und Nerven Chirurgie wurde Prof. Graf die Verantwortung für die chirurgische Durchführung am rechten Arm übertragen.

Extrem hohe Anforderungen

„Während heute die Verpflanzung innerer Organe wie Nieren, Leber oder Herz gängige Praxis ist, wurden bislang weltweit nur einige wenige Handtransplantationen ausgeführt“, sagt Prof. Graf. Oberarme seien hingegen noch nie verpflanzt worden. Im Grunde genommen setze sich die OP zwar aus einer Reihe von operativen Teilschritten zusammen, welche im Einzelnen heutzutage Routine sind. „Kombiniert stellen diese aber extrem hohe chirurgische Anforderungen“, erklärt der Arzt.

Eine der größten Schwierigkeiten sei, dass der eigene Körper die



Organtransplantationen wie auf diesem Bild sind heute keine Seltenheit mehr. Anders der Fall in München: Ein 30-köpfiges Mediziner-Team hat als weltweit erstes einem Menschen zwei neue Arme verpflanzt. – Foto: dpa

verpflanzten Organe, insbesondere die Haut, als körperfremd erkennen. Somit sei es für den Patienten nach der Operation – genau wie nach Organtransplantationen – nötig, dauerhaft Medikamente einzunehmen, um eine Abstoßungsreaktion des Organismus zu unterdrücken. Zudem müsse erst

einmal ein geeigneter Spender gefunden werden.

Insgesamt dauerte der Eingriff laut Prof. Graf rund 14 Stunden. „Begonnen haben wir die Operation in vier Gruppen“, erzählt er. „Zwei Teams operierten die Spenderarme, die anderen beiden küm-

tümpfe des Empfängers.“ Das schwierige dabei: Es mussten nicht nur Haut, Muskeln und Sehnen versorgt werden, sondern auch die Nervenstränge und Blutgefäße sorgfältig gesucht und schonend durchtrennt werden. Eine solche Operation kann deshalb nicht von chirurgischen Einzelkämpfern ge-



Prof. Dr. Peter Graf war für die chirurgische Durchführung am rechten Arm verantwortlich.

macht werden, betont der Mediziner: „Alle müssen an einem Strang ziehen, sonst klappt es nicht.“ Natürlich müssten die jeweiligen Teammitglieder über große Erfahrung auf ihrem Gebiet verfügen und sich reibungslos ergänzen.

Heilungsprozess verläuft gut

Zwei unfallchirurgische Teams führten dann die sogenannte Osteosynthese – also die Verplattung der Oberarmknochen – schnell und stabil aus. „Schließlich mussten all diese Strukturen, also die Blutgefäße, Nerven, Sehnen, Muskeln und Haut wieder rekonstruiert werden“, erklärt der Chirurg.

Inzwischen ist der Patient wieder wach und seine Genesung verläuft den Erwartungen entsprechend. „Seine Arme sind gut durchblutet und die Wunden heilen bislang ohne Probleme“, sagt Prof. Graf. Bis der Mann seine transplantierten Arme benutzen kann, wird aber noch einige Zeit vergehen. „Wenn im weiteren Verlauf alles glatt geht und die genähten Nerven so auswachsen, wie wir uns das erhoffen, sollte in etwa drei Monaten die Ellenbogenbeugung wieder möglich werden“, erklärt Prof. Graf. Gefühl und Beweglichkeit wird der Patient nach jetzigen Erkenntnissen aber erst wesentlich später wiedererlangen – etwa nach ein bis zwei Jahren.

Bayern will zusätzliche 100 Millionen Euro investieren

München. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen steckt der Freistaat in diesem Jahr 100 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant in neue Investitionen. Finanzminister Erwin Huber kündigte gestern in einer Kabinettsitzung an, eine entsprechende Sperre im Haushalt aufzuheben. Das Geld soll laut Staatskanzlei unter anderem für den Straßenbau, für die regionale Wirtschaftsförderung und für neue Schulen ausgegeben werden.

Huber erklärte, damit würden den Kommunen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, zudem könne man weitere Investitionen in die staatliche Infrastruktur anstoßen.

Kritik kam von der Opposition: Der Grünen-Haushaltspolitiker Thomas Mütze sprach von einem „steuerfinanzierten Spatenstichprogramm“ und sagte: „Jetzt ist klar, wo aus Sicht der Staatsregierung der Sinn der Haushaltssperre liegt: in ihrer Aufhebung vor der Landtagswahl.“ Die Landtags-SPD bemerkte, was Huber jetzt an zusätzlichen Mitteln ankündige, habe die SPD-Fraktion bereits in den Haushaltsberatungen zu Beginn des Jahres gefordert. „Die Mittel hätten längst fließen können, wenn die CSU nicht reflexartig die Anträge der SPD im Landtag abgelehnt hätte“, erklärte Fraktionsvize Thomas Beyer. – lby

Missbrauchsverdacht gegen Domkapitular

Bamberg. Ein führender Geistlicher der Erzdiözese Bamberg steht im Verdacht, Schüler eines katholischen Internats mehrfach sexuell missbraucht zu haben. Der Personalchef des Bistums, ein 63-jähriger Domkapitular, sei beurlaubt worden, schreibt das Internet-Portal „NN-Online“. „Die Vorwürfe, die geäußert worden waren, sind nicht von der Hand zu weisen. Der Verdacht hat sich erhärtet“, zitiert „NN-Online“ die Pressesprecherin des Bistums, Elke Pilkenroth.

Die Kirche habe einen Sonderermittler beauftragt, um den Vorwürfen gegen den Ex-Personalchef des Bistums nachzugehen. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Tätigkeit des Geistlichen in dem Bamberger Internat, in dem er von 1976

bis 1978 Präfekt und bis 1991 Direktor war. Nach Angaben mehrerer Betroffener seien damals Grenzen überschritten worden. Vor allem ein Klageführer erhebt dem Bericht zufolge massive und detaillierte Vorwürfe, die in Richtung sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen gehen. Erstmals seien die Anschuldigungen im vergangenen Herbst von einem ehemaligen Schüler erhoben worden. Die Untersuchungsführer sahen aber zunächst keinen Handlungsbedarf. Im Mai dieses Jahres sei das Erzbistum auf weitere mögliche Betroffene hingewiesen worden. Der Geistliche selbst halte sich in einem Kloster auf und sei für eine Stellungnahme nicht erreichbar gewesen. – lby

LESERBRIEFE

Von wegen sozial

Zum Bericht „Union prescht beim Kindergeld vor“ vom 28. Juli: „Waren das noch Zeiten, als der erste Buchstabe von SPD für ‚Sozial‘ stand. Heute – mit einem roten Finanzminister – ist die Partei der größte Bremser gegen eine gerechtere und sozialere Familienpolitik. Und von einer Erhöhung des Kindergelds zu sprechen, ist beschämend zynisch. Die lächerlichen zehn Euro decken nur einen Bruchteil der Inflation der letzten Jahre ab, die Familien besonders belastet, von einer Verbesserung der Familiensituation allgemein ganz zu schweigen. Dabei hätte der anhaltende Geburtenrückgang, wie Herr Singhammer ausführte, das Geld schon längst im Topf bereitgestellt. Als alter Linker und Vater zweier Kinder frage ich: Wenn diese Republik die Familie und Kinder nicht schätzt und fördert, braucht es für die Zukunft anscheinend keine Menschen mehr.

Leben wir dann von Aktien oder Immobilien? Da möchte man nur ausrufen: Zieht weiter, ihr Lemminge!“ **Bernd Treyczoks Burghausen**

Wenig Interesse

Zum Bericht „BDM gegen Bauernverband“ vom 29. Juli: „Wie dumm und unmündig möchte Herr Sonnleitner uns Milchbauern eigentlich noch hinstellen, wenn er behauptet, dass die Austritte nur mit der „Aufforderung“ des BDM zustande kommen? Glaubt er, dass wir nicht bereits jahrelang verfolgen, wie wenig Interesse der BBV an uns Milchbauern hat? Glaubt der BBV, dass wir nicht sehen, wie wenig er sich deshalb für uns einsetzt? Glaubt er, dass wir nicht erkennen, dass sein ganzer plötzlicher Einsatz lediglich dem gilt, einen Konkurrenten (den es ohne die Tatenlosigkeit des BBV gar nicht gäbe), außer Gefecht zu setzen? Und weiß der Bauernverband nicht,

dass wir Bauern mit seinen immer mehr geforderten Subventionen und Förderungen nicht noch abhängiger von EU und Staat gemacht werden möchten, sondern faire Preise wollen? Wir sind bereits vor mehreren Jahren aus dem Bauernverband ausgetreten und haben bis jetzt noch keinen Nachteil davon gehabt. Der einzige Nachteil, den wir nun haben, ist der, dass wir nicht mehr austreten können!“ **Josef und Marlene Strohmeier Drachselsried**

Kein Anstand

Zum Bericht „Rechtsradikale schlägern und randalieren in Passau“ vom 28. Juli: „Auch vor Totenruhestätten machen die Rechtsradikalen keinen Halt und verletzen das Anstands- und Pietätsempfinden aller von demokratischen Werten und der Totenehre überzeugten Bürger. Auch das Andenken eines Verstorbenen hat sie davon nicht abhalten können.“ **Friedrich Müller Simbach am Inn**

Mit Mini und Heugabel

Zum Bericht „Fesche Jungbäuerinnen auf zwölf Seiten“ vom 25. Juli: „Sollte sich unter den Damen, die im Jungbäuerinnenkalender abgebildet sind, auch nur eine einzige finden, die sowohl Miniröcke, High-Heels, Strapse etc. trägt, als auch Feld-, Stall- oder Hausarbeit verrichten kann und will, lade ich sie ein, bei mir gratis am Bauernhof zu wohnen. Oder ich ziehe zu ihr, falls sie alleinstehend ist, und unterstütze sie in allen Belangen ihrer Bäuerinnenexistenz.“ **Stephan Kowarik Passau**

Wie der Hase läuft

Zum Bericht „Zehntausende werden frieren müssen“ vom 28. Juli: „Wenn man diesen Artikel liest, kann einem nur die Galle hoch-

kommen. Es werden nicht Zehntausende, sondern Millionen sein, wenn man mal von der Zahl der Langzeitarbeitslosen, Geringverdiener und Rentner mit geringer Rente ausgeht. Herr Sommer von der Gewerkschaft und alle anderen Politiker, die sich da nun zu Wort melden, werden dieses Problem bestimmt nicht haben, da sie ja auf Kosten des Volkes einen anderen Lebensstandard haben. Wenn unser Volk eine ‚logische‘ Denkweise haben würde, dann genüßten 18 bis 20 Grad, um im Winter in der Wohnung nicht zu erfrieren. Außerdem, muss man wirklich zweimal am Tag duschen? Da könnte man seine Energiekosten so weit senken, dass sie zu bezahlen sind. Wenn dann die Energiekonzerne sehen, dass man sich nicht auf Biegen und Brechen von ihnen abhängig macht, wird sich auch an den Preisen etwas ändern. Das aber müssen schon wir, das Volk, bewerkstelligen, denn wir haben es in der Hand. Zeigen wir doch mal

der Politik und der Wirtschaft, wie der Hase richtig läuft und strafen sie bei den anstehenden Wahlen ab. Diese ganzen Geschichten, die man sich nun wieder vor den Wahlen einfallen lässt, stinken doch alle zum Himmel.“ **Rudolf Bauer Fürsteneck**

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Eine weitere Diskussion ist im Internet unter „www.pnp.de/forum“ möglich.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94030 Passau. Fax 0851/802347. E-Mail: Leserforum@pnp.de.